

# Synopse Wahlprüfsteine zur LTW 2022

Zusammenfassung der Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der Universität des Saarlandes. Die Reihenfolge der Parteien folgt dem Eingang ihrer Antworten.

## Inhaltsverzeichnis

1 Vision.....	2
2 Finanzielle Ausstattung.....	4
3 Forschung und Transfer.....	7
4 Lehre und Studium.....	11
5 Standortattraktivität.....	15
6 Saarländisches Hochschulgesetz.....	18
7 Bauen.....	20
8 Digitalisierung und Datenschutz.....	21
9 Wissenschaftsressort.....	23
10 Universität und Gesellschaft.....	24

# 1 Vision

## 1.1 Was ist Ihre Vision für die Universität des Saarlandes für die nächste Legislaturperiode und darüber hinaus?

### 1.1.1 FDP

Die FDP bekennt sich zur Freiheit von Forschung und Lehre und möchte die ethische Selbstkontrolle der Wissenschaft stärken, ohne offene Debatten einzuschränken. Konkret sollen die Studienplätze für Medizin um 20 % erhöht werden. Es bedürfe dazu besserer Zugangsbedingungen und der Abschaffung des NCs für Medizin und Zahnmedizin. Stattdessen sollten andere Eingangskriterien herangezogen werden, bspw. Empathie oder soziale Kompetenz.

### 1.1.2 SPD

Die SPD nennt unter diesem Punkt sechs Ziele für die kommende Legislaturperiode:

1. Die UdS soll als Volluniversität ein „vielfältiges, attraktives und breites Fächerangebot aller wesentlichen Studiengänge“ vorhalten, um so „allen saarländischen Studierenden ein Studienangebot zu machen“, aber auch überregional Studierende anzuziehen. Landespolitik und UdS sollen hierzu „auf Augenhöhe“ zusammenarbeiten.
2. Die Schwerpunktbereiche Informatik, NanoBioMed und Europa sollen gestärkt und „international bekannt“ gemacht werden, wozu die Etablierung zweier Exzellenzcluster diene.
3. Die Beteiligung an der UniGR, der Europa-Schwerpunkt und der Frankreich-Fokus sollen ausgebaut werden.
4. Die UdS soll durch „gute Arbeits-, Lebens-, Studien- und Forschungsbedingungen“ bei der Ausbildung von Fachkräften für das Saarland unterstützt werden und so auch ein „Ort des sozialen Aufstiegs“ sein.
5. Die UdS soll „forschungs- und drittmittelstark“ gestaltet werden, um so zu Innovation und Strukturwandel beitragen zu können.
6. Die UdS soll in die saarländische Gesellschaft hineinwirken, und zwar sowohl „wirtschaftlich, aber auch kulturell, sozial und ökologisch“ als auch durch Politikberatung. Dazu sollen Transfer, Wissenschaftskommunikation und gesellschaftliche Einbettung der UdS gefördert werden.

### 1.1.3 CDU

Die CDU möchte „die Qualität der Lehre von den Geisteswissenschaften bis zu den Naturwissenschaften in der Breite stärken“, die Forschungsschwerpunkte weiter ausbauen und einen „lebenden Campus attraktiv“ weiterentwickeln.

Eine „Exzellenz- und Technologieoffensive“ soll zu einer intensiveren Kooperation der Hochschulen untereinander und mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen führen, sowie die bestehenden Institute weiterentwickeln und „die Ansiedlung neuer Einrichtungen mit Exzellenz-Qualität aktiv befördern“. Genannt werden hier beispielhaft ein neuer Schwerpunkt Sensorintelligenz und der Ausbau des Bereichs NanoBioMed, sowie eine enge Vernetzung mit Unternehmen nach dem Vorbild des ZF-AI-Labs.

Das CISPA und der Innovation Campus sollen „durch eine gezielte Vermarktung als Ansiedlungsmagnete für neue Firmen und Institute“ dienen. Durch eine „Innovations- und Gründeroffensive“ sollen die Hochschulen insgesamt zu „Gründer-Hotspots“ gemacht werden.

#### 1.1.4 Grüne

Für die Grünen ist die UdS ein wichtiger „Pfeiler in der saarländischen Wissenschaftslandschaft“. Damit das so bleibt, „müssen Dozentinnen und Dozenten, Forscherinnen und Forscher, Künstlerinnen und Künstler umfänglich, nachhaltig und gleichwertig gefördert werden“.

#### 1.1.5 DIE LINKE.

DIE LINKE. tritt für eine „soziale, demokratische, offene und inklusive Universitäts- und Wissenschaftslandschaft ein“. Für sie ist die Universität ein „Entwicklungszentrum“ an dem nicht gespart werden darf. Die UdS müsse Volluniversität bleiben.

Externe Beratung aus der Wirtschaft könne zwar hilfreich sein, dürfe aber nicht die Autonomie der Hochschule gefährden.

Die Partei bekennt sich zu den drei Schwerpunkten Informatik, NanoBioMed und Europa, möchte aber zusätzlich „Verstärkung im Bereich der Ingenieur- und Materialwissenschaften“.

## 2 Finanzielle Ausstattung

### 2.1 Auf welchem Niveau stellen Sie sich die künftige Finanzierung der Universität vor?

#### 2.1.1 FDP

Ein Anstieg der Programm- und Projektmittel sollte nicht zulasten der Grundmittel passieren, da eine „sichere und zukunftsfähige Grundfinanzierung“ für die Wettbewerbsfähigkeit der UdS notwendig sei. Externe Gelder könnten verstärkt durch Kooperationen mit Unternehmen generiert werden. Um beide Akteure stärker zu vernetzen, soll deswegen das Wissenschaftsressort dem Wirtschaftsministerium zugeordnet werden.

Um Fördermöglichkeiten von Bund und EU optimal auszunutzen, soll zudem eine „Koordinierungsstelle zur Forschungs- und Technologieförderung“ beim Land geschaffen werden.

#### 2.1.2 SPD

Die SPD sieht den in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen gesetzten finanziellen Rahmen als „ein absolutes Mindestmaß“ und möchte für „weitere qualitätssteigernde oder -sichernde Maßnahmen“ zusätzliche Mittel bereitstellen. Insgesamt soll die finanzielle Ausstattung nicht von „haushälterischen“ Überlegungen aus, sondern von „Qualitätsmerkmalen aus kalkuliert werden“.

#### 2.1.3 CDU

Die CDU verweist ebenfalls auf die neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die der UdS in den nächsten Jahren einen Mittelaufwuchs im Globalhaushalt verschafften und die „Exzellenzschwerpunkte und viele weitere Investitionen“ finanziell unterstützten. Daneben sollen die finanziellen Zuwendungen des Bundes (bspw. im Rahmen des Zukunftsvertrags) dynamisiert werden. Den dafür erforderlichen Landesanteil mitzutragen ist die CDU „gerne bereit“.

#### 2.1.4 Grüne

Die Landesregierung habe die Aufgabe für eine „umfängliche und nachhaltige Finanzierung der Universität des Saarlandes als Volluniversität“ zu sorgen. Dazu brauche es einen garantieren jährlichen Aufwuchs, „der mindestens die Inflation und Tarifsteigerungen ausgleicht“.

Zudem möchten die Grünen weitere Maßnahmen zur „Schonung des aktuellen Budgets“ umsetzen: ein Landesgraduiertenkolleg, welches jährlich 50 Promovierende für 3 Jahre fördert, mehr Dauerstellen im Lehrsektor und bei wissenschaftlichen Gemeinschaftseinrichtungen.

### 2.1.5 DIE LINKE.

Die zusätzlichen Mittel aus den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen werden positiv bewertet. Insgesamt brauche es eine „verlässliche und bedarfsgerechte Ausstattung“, zu der eine Aufstockung der Globalmittel und eine Reduzierung der Abhängigkeit von Drittmitteln gehöre. Eine „ausfinanzierte Grundlagenforschung“ sei gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern, weshalb ersterer sich dauerhaft beteiligen müsse.

Es brauche zudem mehr Transparenz bei der Einwerbung von Drittmitteln aus der Wirtschaft, auch wenn ihre grundsätzliche Notwendigkeit anerkannt wird.

---

## 2.2 Wie sehen Sie die Tatsache, dass Programm- und Projektmittel zulasten der Grundfinanzierung stetig ansteigen?

### 2.2.1 FDP

*Die FDP hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

### 2.2.2 SPD

Die SPD möchte sich auf Bundesebene für Finanzierungsmodelle einsetzen, bei denen der Bund mehr in die Pflicht genommen wird, etwa durch die Überführung von Projekt- in Dauermittel oder eine stärkere Beteiligung an der Universitätsmedizin.

Insgesamt sollen die „Grundmittel so beziffert werden, dass die Daueraufgaben der Universität hierdurch abgedeckt werden können“, sodass für Daueraufgaben auch Dauerstellen geschaffen werden können.

### 2.2.3 CDU

Angesichts der Bedeutung der Hochschulen für den Strukturwandel im Saarland sei die Konsolidierungsphase nun beendet. Die jüngsten Ziel- und Leistungsvereinbarungen würden den Globalhaushalt stärken und damit die Abhängigkeit von Drittmitteln senken.

Gleichzeitig solle der Bund stärker beteiligt werden an den von ihm verursachten Kosten, etwa durch die Novellierung der Approbationsordnung in der Human- und Zahnmedizin oder der Akademisierung der Gesundheitsberufe.

### 2.2.4 Grüne

Die in der Frage zuvor genannten Maßnahmen würden zu einem „deutlichen Aufwuchs der Grundfinanzierung führen“. Die Finanzierung des FuE-Sektors im Saarland sei 40 % niedriger als der Bundesdurchschnitt. Diese Lücke soll mittelfristig geschlossen werden.

Gleichzeitig soll die UdS beim Aufbau von Forschungsaktivitäten in den Geisteswissenschaften jenseits des Europa-Schwerpunkts unterstützt werden. Eine gezielte Berufungspolitik soll Fachbereiche stabilisieren.

#### 2.2.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

---

### 2.3 Wie stellen Sie sich eine dauerhaft stabile, auf Wachstum ausgelegte Finanzierung der Universität vor?

#### 2.3.1 FDP

*Die FDP hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

#### 2.3.2 SPD

Die Finanzierung soll sowohl die „internationale Spitzenuniversität in ihren Schwerpunkten“ als auch die „Breitenuniversität in der Region“ und gleichzeitig für gute Arbeitsbedingungen ermöglichen. Dazu sollen „die Ausgaben für Forschung und Lehre in den nächsten Jahren stärker steigen als die Haushaltsausgaben insgesamt“ und insbesondere für die Grundlagenforschung, die Nachwuchsqualifikation und ein breites Fächerangebot finanzielle Planungssicherheit gewährleistet werden.

Bei Erfüllung zusätzlicher „Wachstumsindikatoren (wie eine steigende Zahl der Studienanfänger:innen, eine steigende Zahl der laufenden Qualifizierungsprojekte und die Zahl internationaler Studierender)“ sollen weitere Mittel fließen.

#### 2.3.3 CDU

*Die CDU verweist hier auf die Antwort zur vorherigen Frage.*

#### 2.3.4 Grüne

*Die Grünen verweisen hier auf die Antwort zur Frage 2.1.*

#### 2.3.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

## 3 Forschung und Transfer

### 3.1 Wie wollen Sie die Interaktion zwischen saarländischen Unternehmen und der Universität sowie die Startup-Szene stärken, damit mehr Innovationstransfer und Ausgründungen aus der Universität heraus realisiert werden können?

#### 3.1.1 FDP

Das Saarland soll eine „digitale Freiheitszone zur Förderung digitaler und innovativer Geschäftsmodelle“ werden, um so „die Entstehung von Clustern insbesondere bei IT-Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz und Blockchain zu begünstigen“. Das Gründerzentrum an der UdS soll ausgebaut werden. Förderungen sollen langfristiger bewilligt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Die FDP sieht die UdS als „eine der treibenden Kräfte des Strukturwandels“ und schlägt ein Gründer-Bafög vor. Der Gründungszuschuss soll von der Arbeitslosigkeit entkoppelt und ein Fonds für Wagniskapital aufgelegt werden.

Das Studium an der UdS soll stärker internationalisiert werden, wobei nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit allen anderen europäischen Staaten mehr kooperiert werden soll. Sowohl internationale und interdisziplinäre Studiengänge als auch das Erasmus-Plus-Programm sollen ausgeweitet werden.

#### 3.1.2 SPD

Bestehende Strukturen sollen gestärkt und ausgebaut werden, sowie ökonomische Anreize für Gründungen und Unternehmensexpansionen geschaffen werden. Speziell größere Industrieunternehmen sollen eigene Forschungsabteilungen ausbauen und so als „außeruniversitäre Forschungspartner der UdS“ fungieren.

Weitere Maßnahmen, wie eine entsprechende Wissenschaftskommunikation und die „gemeinsame Nutzung von Ressourcen und Infrastrukturen“ durch UdS und Unternehmen, sollen Synergien fördern.

#### 3.1.3 CDU

Die CDU möchte „das Saarland zum Hotspot für innovative Gründer“ machen. Dafür werde eine „Gründeroffensive“ gestartet, deren Grundstein das im Bau befindliche Innovation Center auf dem Saarbrücker UdS-Campus bilde.

Der „Saar-Tech-Cycle“ soll den Zugang zu Start- und Wachstumsfinanzierungen erleichtern. Ein „offensives Gründer-Standortmarketing“ soll zusätzliche Aufmerksamkeit auf den Standort lenken.

Neben studiengangsspezifischen Angeboten, soll es fächerübergreifende Angebot für Studierende geben, etwa „Entrepreneur-Ship-Cafés“ oder „Entrepreneurship-Awards“. Bei Berufungen in gründungsrelevanten Bereichen soll „Unternehmerpersönlichkeit“ und „Bereitschaft zur interdisziplinären Arbeit“ wichtiger werden. Auch bei wissenschaftlichen Evaluationen sollen Gründungen sowie Wissens- und Technologietransfer eine größere Rolle spielen.

### 3.1.4 Grüne

Die Beiträge der Hochschulen zur Wissenschaft, Technik, Kultur und Wirtschaft sollen durch die „Schaffung neuer ministerialer Ressorts verstärkt werden“.

Existierende Förderprogramm im Gründungsbereich sollen weiter ausgebaut werden. Dabei sollen Schwerpunkte im Bereich „neuer klimafreundlicher Technologie“ (Green Technologies), bei Verkehrskonzepten, Landwirtschaft, Telekommunikation und „anwendungsnahen Technologien, die der Wahrung unserer Grund-, Freiheits- und Bürgerrechte dienen“ gesetzt werden.

Konkret sollen existierende Beratungsangebote erweitert, thematisch verbreitert und besser ausgestattet werden. Es soll „mehr Wagniskapital insbesondere für spätere Phasen der Gründungen“ gefunden werden. Prozesse sollen vereinfacht und Hilfestellungen intensiviert werden. Gemeinwohlorientierte Projekte sollen „durch angepasste Förderrichtlinien ermöglicht und unterstützt werden.“

### 3.1.5 DIE LINKE.

Der Weg zur Exzellenz-Universität werde unterstützt, genauso wie die Weiterentwicklung der drei bestehenden Schwerpunkte.

An konkreten Maßnahmen schlagen DIE LINKEN vor einen „Industriefonds Medizintechnik Saar“ (ImeS) zu gründen, um darüber einen „Brückenkopf“ in die industrielle Zukunft zu errichten: „Erste Projekte könnten der Bau eines Anwendungszentrums, die Entwicklung und Forschung (Beatmungsgeräte, neue PCR-Tests), aber auch Modellprojekte zur Wohnraummodernisierung für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen durch altersgerechte Assistenzsysteme und spezifische telemedizinische Funktionen sein.“

Der Fonds soll zunächst mit 10 Mio. € jährlich ausgestattet werden, sich aber langfristig durch den Rückfluss aus den Einnahmen finanzieren.

---

## 3.2 Was ist Ihre Vorstellung zur Stärkung dieser drei universitären Schwerpunkte?

### 3.2.1 FDP

Die drei Forschungsschwerpunkte sollen gestärkt und alle bestehende Fachbereiche erhalten bleiben.



### 3.2.2 SPD

Jeder der drei Schwerpunkte soll mit individuellen Maßnahmen gestärkt werden:

- **Informatik** soll noch stärker mit „außeruniversitären Forschungszentren (insbesondere DFKI und CISPA)“ und Unternehmen „zu einem anwendungsnahen studiengangs- und fachübergreifenden“ Komplex zusammenwachsen. Andere Fächer der UdS sollen „informatische Fragestellungen interdisziplinär begleiten“. Der Exzellenzstatus soll die Informatik weiter stärken.
- Der demografische Wandel biete „weitere Anknüpfungspunkte zur Stärkung der **NanoBioMed**“. Dazu werden die Ansiedlung eines Helmholtz-Zentrums für Altersforschung, die Etablierung als Exzellenzcluster und der Ausbau der Pflege- und Gesundheitswissenschaften sowie die stärkere Kooperation mit Forschungsinstitutionen in der Region (bspw. Luxemburg Center for Systems Biomedicine) genannt.
- Für den **Europa-Schwerpunkt** soll die UdS als Europäische Hochschule etabliert werden, die internationale Vernetzung von Nachwuchswissenschaftler:innen gefördert und die Digitalisierung der Lehre für gemeinsame europäische Studienangebote genutzt werden. Die Europäisierung / Internationalisierung wird dabei als Querschnittsaufgabe bezeichnet, die auch die Verwaltung einschließt. Zudem werden interkulturelle Weiterbildung und ein mehrsprachiges Studienangebot genannt.

### 3.2.3 CDU

Alle drei Schwerpunkte sollen in Forschung und Lehre folgendermaßen gestärkt werden:

- **Informatik** als „ein Leuchtturm unserer Hochschule“ soll u.a. durch Zuschüsse für den Exzellenzschwerpunkt und Brückenprofessuren zu anderen Disziplinen gestärkt werden. Die Grundlagenforschung zu Datensicherheit soll durch den Ausbau des CISPA und zusätzliche Unternehmensansiedlungen ausgebaut werden. In Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen soll ein „Informatik-Ökosystem“ unterstützt werden, welches Mehrwert für Unternehmen und öffentliche Hand schafft.
- **NanoBioMed** erhalte substanzielle zusätzliche Landesmittel für einen Exzellenzclusterantrag. Zudem solle die Wirkstoff-Forschung „in enger Verzahnung mit der Bioinformatik, der Pharmazie und der molekularen Medizin“ ausgebaut werden, genauso wie die „Kooperation zwischen UdS, UKS, HIPS, dem Institut für neue Materialien, dem CISPA und anderen Einrichtungen“. Wichtig ist der CDU außerdem ein starkes Netzwerk mit den saarländischen Pharmaunternehmen.
- **Europa** soll durch die Stärkung der UniGR und deren Anerkennung als Europäische Hochschule, sowie die Weiterentwicklung von T4E gestärkt werden. Zudem werde die UdS bei der Einwerbung von Verbundprojekten mit europabezogener Thematik unterstützt. Die

Schaffung eines „Haus Europa“, „unter dessen Dach der Europaschwerpunkt mit allen Studiengängen und Forschungszweigen vereint wird“, werde unterstützt – genauso wie die Schaffung weiterer binationaler, mehrsprachiger und interdisziplinärer Studiengänge und Gründungen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zudem soll die deutsch-französische Lehrerbildung gestärkt werden.

### 3.2.4 Grüne

Die Schwerpunkte sollen durch gezielte Maßnahmen für die nächste Runde der Exzellenzstrategie gestärkt werden:

- **Europa:** Die Internationalisierung der Hochschulen sollen finanziell und institutionell unterstützt werden. Das Saarland soll „zur Erasmushochburg für Studierende“ werden, indem Studienbedingungen und Serviceangebot ausgebaut werden und international geworben wird. Zugleich soll die Verkehrsanbindung in der Großregion verbessert werden.
- **Biomedizin:** Die Grünen sehen hier Potenzial „für die Etablierung neuer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen“ und wollen gemeinsam mit UdS und UKS ein Konzept zur Gründung eines außeruniversitären Forschungsinstituts am Campus Homburg erstellen sowie „Möglichkeiten für weitere Standorte und Fachrichtungen explorieren.“
- **Informatik:** In einem Ministerium soll ein eigener „Verantwortungsbereich für Digitalisierung und Innovation“ geschaffen werden.

Zusätzlich soll die fächerübergreifende Zusammenarbeit und Bildung neuer Forschungsfelder zwischen den Hochschulen gefördert werden.

### 3.2.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat die beiden Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

## 4 Lehre und Studium

### 4.1 Wie möchten Sie gute Studienbedingungen an der Universität in Zukunft sichern?

#### 4.1.1 FDP

Die Bedingungen für das Lehrpersonal sollen – auch im internationalen Vergleich – verbessert werden, etwa durch bessere Bezahlung und langfristige Verträge. Die UdS soll „bezüglich Betreuungsschlüsseln und Ausstattung“ unterstützt werden. Das Ziel sollen mehr IT- und Ingenieursstudenten sein. Wobei nicht allein die Zahl an Absolventen, sondern deren „gute Ausbildung“ als Maßstab dienen müsse.

Möglichst viele Lehrveranstaltungen sollen in hybrider Form angeboten werden, um so die Lehre flexibler und familienfreundlicher zu gestalten und „implizit digitale Kompetenzen“ zu fördern. Die Übergänge von Schule zu Studium und Berufsausbildung sollen verbessert werden, etwa durch den Einbezug von Praxispartnern. „Hybride Angebot und eine bessere Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen sollen außerdem die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erhöhen.“

Die FDP möchte „Schulen zu Bildungszentren weiterentwickeln“, u. a. durch die Schaffung von „3 MINT-Talentschulen“. Insgesamt soll es eine Offensive im MINT-Bereich geben und eine Reform der Stundentafel, um flächendeckend ab der 9. Klasse die Fächer Informatik und Wirtschaft anzubieten. Ebenfalls gefördert werden soll „experimentelles Lernen“ und die Schaffung von Maker-Spaces an Schulen. Hierzu sollen verstärkt mit außerschulischen Initiativen kooperiert werden. Gemeinschaftsschulen sollen modularisiert werden, um individuelle Bildungswege zu ermöglichen.

#### 4.1.2 SPD

Für die SPD gehören zu einem guten Studium „neben dem klassischen Vorlesungsangebot auch begleitende aktivierende Maßnahmen“ und „eine ausgebaute psychosoziale Begleitung und Beratung“.

Ebenso genannt werden bezahlbarer studentischer Wohnraum, eine „ausgewogene, gesunde und nachhaltige Hochschulgastronomie“, kostenlose Zugänge zu Forschungsdatenbanken und -literatur, die Flexibilisierung von Studienabläufen und Prüfungen für Studierende mit eigener Familie oder pflegebedürftigen Angehörigen, mehrsprachige Kurse und Prüfungsgrundlagen, die Ausstattung von Wohnheimen mit leistungsfähigen Internetzugängen und die barrierefreie Gestaltung der Universität. Studiengebühren werden abgelehnt und die studentische Mitbestimmung soll gestärkt werden.

#### 4.1.3 CDU

Für die CDU sind eine „adäquate Betreuungsrelation ebenso wie eine attraktive Campusgestaltung“ und eine offene Hochschulkultur sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium wichtig. Gelobt wird die bereits „bundesüberdurchschnittlich gute Betreuungsrelation“.

Daneben müsse die Sanierung von C5 2 sowie der Neubau des Hörsaals und des Seminargebäudes von Fakultät P zügig erfolgen. Gemeinsam mit der UdS soll ein Barrierefreiheitskonzept erarbeitet werden.

#### 4.1.4 Grüne

Die Grünen möchten die „Situation der Studierenden nach den Corona-Semestern evaluieren und Lösungen finden“, bspw. durch eine Anpassung der Regelstudienzeiten. Die Änderungen aus der Bologna-Reform zur Beschleunigung des Studiums sollen evaluiert und überarbeitet werden.

Die studentische Mitbestimmung soll mehr Gewicht bekommen, etwa durch „die Einführung eines studentischen Vizepräsidentenamts“.

Die Lehre in Grundlagenvorlesungen soll durch „explizit dafür eingestellte pädagogisch versierte Hochschullehrer\*innen“ aufgewertet werden.

Zuletzt sollen die Hochschulen umfassend digitalisiert werden, indem „technische Infrastruktur, Lizenzen für die Hochschulbibliotheken sowie digitale Bildungsformate“ gefördert werden.

#### 4.1.5 DIE LINKE

Durch die Corona-Pandemie sei die Lage bei vielen Studierenden finanziell schwierig. Die Überbrückungshilfen des Bundes und die Nothilfefonds der Universität erreichten zu wenige Studierende, weswegen es durch den Bund „schnellsten Verbesserungen beim BAföG“ geben müsse.

Ein Tarifvertrag und eine Stärkung der Mitbestimmung für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte, soll deren Arbeitsbedingungen verbessern.

Daueraufgaben sollten zudem durch Dauerstellen erfüllt werden und das Land müsse dafür sorgen, „dass Studierende ausreichend bezahlbaren Wohnraum campusnah vorfinden“.

Zugangsbeschränkungen sollen abgebaut und der Numerus Clausus abgeschafft werden, stattdessen sollen zusammen mit allen Beteiligten Alternativen entwickelt werden.

Um die Studierfähigkeit zu erhöhen, schlägt DIE LINKE. eine Rückkehr zu G9 vor.

---

## 4.2 Wie möchten Sie die Universität dabei unterstützen, neue Zielgruppen für ein Studium an der Universität zu erschließen bzw. den Hochschulzugang gezielt zu verbreitern?

### 4.2.1 FDP

*Die FDP hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

### 4.2.2 SPD

Die SPD schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor:

- Das Kapazitätsrecht soll ausgedehnt werden, gleichzeitig bedürfe es dann aber auch mehr finanzieller, personeller und infrastruktureller Mittel. Der Rückbau lokaler Zugangsbeschränkungen soll geprüft werden.
- Das Fächerangebot in den Sozialwissenschaften soll ausgebaut werden, hin zu einer grundständigen sozialwissenschaftlichen Ausbildung.
- Teilzeitstudiengänge und berufsbegleitende Angebote sollen ausgebaut werden.
- „Gemeinsame internationale und großregionale und auch mehrsprachige Studienangebote“ sollen nach Lothringen und Luxemburg ausstrahlen.
- Die Rahmenprüfungsordnung könne angepasst werden, um im Ausland erbrachte Leistungen besser anerkennen zu können und „zusätzliche Mobilitätsfenster“ zu schaffen.
- Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung genannten Micro Degrees sollen „für das Saarland kritisch geprüft“ werden und versuchsweise nur in speziellen Bereichen eingeführt werden, ohne existierende Studienangebote zu ersetzen.

### 4.2.3 CDU

Um neue Zielgruppen anzusprechen, sei inhaltliche Exzellenz entscheidend. Zudem brauche es einen lebendigen Campus und eine attraktive Infrastruktur. Konkret sei der Ausbau des Euro-paschwerpunkts und neue binationale und mehrsprachige Studienangebote wichtig. Außerdem appelliert die CDU an den Bund, die BAföG-Reform rasch umzusetzen.

### 4.2.4 Grüne

Die Grünen möchten mehr Flexibilität und mehr finanzielle Unterstützung beim Studium. Dazu sollen zum einen Orientierungsphasen, ein verbindliches auch berufsbegleitendes Teilzeitstudium und ein sechsmonatiges Studieneingangsstipendium eingeführt werden. Physische und digitale Barrieren sollen abgebaut werden.

Zum anderen soll der Verwaltungskostenbeitrag abgeschafft und durch Landesmittel kompensiert werden. Im Bund möchten sich die Grünen für eine Grundsicherung für Studierende und Azubis sowie eine BAföG-Reform „im Sinne des grünen Zwei-Säulen-Modells“ einsetzen.

#### 4.2.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat alle drei in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

---

### 4.3 Wie wollen Sie die Vorbereitung von Studienwilligen auf ein Studium an der Universität und allgemein den Übergang zwischen den Bildungssystemen verbessern?

#### 4.3.1 FDP

*Die FDP hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

#### 4.3.2 SPD

Im Rahmen der Rückkehr zu G9 soll geprüft werden, ob dies Freiräume in der Oberstufe für eine Stärkung der Studierwilligkeit und -fähigkeit schafft. An der UdS „sollen Beratungs- und Unterstützungsangebote in der Studieneingangsphase gestärkt werden“, welche insgesamt „flexibel und aktiv“ gestaltet werden soll.

#### 4.3.3 CDU

Für die aktuellen Abiturjahrgänge spielten aufgrund der Coronapandemie fachliche Unterstützungsmaßnahmen, eine Willkommenskultur, Beratungsangebote und der Studierendenservice eine wichtige Rolle. Entsprechend komme dem Studierendenwerk hier eine besondere Bedeutung zu.

Darüber hinaus soll die Studierfähigkeit im Gymnasium „wieder deutlich in den Fokus rücken“, hierfür sei das Bildungskonzept Q+ vorgelegt worden.

#### 4.3.4 Grüne

Alternative Hochschulzugänge sollen eröffnet sowie das lebenslange Lernen an den Hochschulen stärker gefördert werden. Zudem soll es „ein Programm zur Unterstützung gemeinsamer Projekte zwischen Hochschulen und Volkshochschulen“ geben.

#### 4.3.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

---

## 5 Standortattraktivität

### 5.1 Was planen Sie, um mehr studentischen bezahlbaren Wohnraum am und außerhalb des Campus zu schaffen?

#### 5.1.1 FDP

Studierende sollen durch eine von der FDP angestrebte BAföG-Reform auf Bundesebene unterstützt werden. Dieses soll elternunabhängiger werden und sich aus einem Zuschuss und einem Studiendarlehen zusammensetzen.

Das Studierendenwerk soll besser und zukunftssicher finanziert werden.

Die Schaffung neuen Wohnraums soll durch den Abbau von regulatorischen Vorgaben und der offensiven Ausweisung von Bauland vorangetrieben werden.

Der Schienenverkehr soll modernisiert und beschleunigt werden. Der ÖPNV-Takt zur UdS soll ausgebaut, die Wabenstruktur abgeschafft und ein Ausbau der Shuttlev Verbindung zwischen SB und HOM geprüft werden.

#### 5.1.2 SPD

Bestehender studentischer Wohnraum soll mit zusätzlichen Landesmitteln saniert werden, aber auch öffentliche Wohnungsbaugesellschaften sollen sich dem Thema stärker widmen.

#### 5.1.3 CDU

Die CDU verweist auf die neue Rechtsform des Studierendenwerks, welche es einfacher machen werde, die bestehenden Wohnheime zu renovieren.

Zudem solle zusätzlicher Wohnraum am Campus oder campusnah errichtet werden. Bestehende Förderprogramme hierfür sollen evaluiert und am Bedarf der Hochschulen ausgerichtet werden.

#### 5.1.4 Grüne

Die Grünen wollen das Studierendenwerk beim Bau weiterer Wohnheime unterstützen.

#### 5.1.5 DIE LINKE

DIE LINKE. fordert mehr bezahlbaren, campusnahen studentischen Wohnraum. Das Studentenwerk müsse dabei „die Kompetenz zum Betreiben der Wohnheime behalten.“

Der Bau von Wohnheimen soll durch die Verankerung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Grundgesetz und ein Sonderprogramm gestärkt werden. Zudem soll über ein „Hochschulsozialpakt“ mehr Geld für bezahlbare Wohnheimplätze, Mensaecken etc. bereitgestellt werden.

Ein finanzielles Unterstützungsprogramm soll kostengünstige Semestertickets ermöglichen. Perspektivisch soll der Nahverkehr insgesamt ticketfrei werden.

In Homburg soll die Mensa als „Zentrum für Studierende“ erhalten bleiben, sowie die Verkehrsanbindung per Bus und Rad verbessert werden.

Insgesamt würde ein attraktiverer ÖPNV mehr Studierende und Beschäftigte zu dessen Nutzung veranlassen.

---

## 5.2 Inwiefern planen Sie, die Verkehrsanbindung der Universität und ihrer verschiedenen Standorte (Saarbrücken, Homburg, Dudweiler) für ÖPNV und Fahrrad auszubauen?

### 5.2.1 FDP

*Die FDP hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

### 5.2.2 SPD

Die hauptsächliche Zuständigkeit hierfür wird bei der Landeshauptstadt gesehen, die auf Grundlage des „Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV“ entsprechende Maßnahmen umsetzen könne. Die Saarbahn soll eventuell bis zur Uni verlängert werden und geplante Radschnellverbindungen zwischen Völklingen und St. Ingbert über den Meerwiesertalweg und die L 251 / Dudweilerstraße sollen die Anbindung der UdS verbessern.

### 5.2.3 CDU

Die „Chancen der Digitalisierung“ sollen stärker auch im Bereich ÖPNV genutzt werden, bspw. bei Routenfindung oder Bezahlung. Zudem sei eine bessere Anbindung des ländlichen Raums sowie die „Schaffung attraktiver Knotenpunkte“ wichtig. Die Bahnbetreiber sollten zukünftig die kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern ermöglichen und das bestehende Radwegenetz soll weiter ausgebaut und mit Radschnellverbindungen erweitert werden, von denen auch die UdS profitiere.

### 5.2.4 Grüne

Die UdS soll besser an den ÖPNV angebunden werden, dafür soll die Anbindung über den Bahnhof Scheidt oder über den Meerwiesertalweg geprüft und in den Verkehrsinfrastrukturplan aufgenommen werden.

Daneben soll die Fahrradinfrastruktur verbessert werden, etwa durch die Schaffung von Radschnellwegen zwischen den Hochschulen in Saarbrücken aber auch nach Homburg oder lokale Radverkehrspläne. Zudem soll die Zertifizierung als „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ gefördert werden.



### 5.2.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

---

## 5.3 Wie wollen Sie mehr Studierende und Beschäftigte zum Umsteigen auf ÖPNV und Fahrrad ermuntern?

### 5.3.1 FDP

*Die FDP hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

### 5.3.2 SPD

Hier verweist die SPD ebenfalls auf die hauptsächlich bei den Kommunen liegende Verantwortung. Zudem sollen „in den nächsten zehn Jahren über zwei Mrd. € in den Nahverkehr“ investiert werden und bis 2024 sollen 5 Mio. € in ein Kompetenzzentrum „Digitalisierung im ÖPNV“ fließen. Ein Förderprogramm zur Entwicklung von Mobilitätskonzepten könnte auch von der UdS genutzt werden. Zudem möchte die SPD die Bedingungen für Radfahrende an der UdS verbessern, etwa indem die Fahrradmitnahme im ÖPNV komfortabler wird.

### 5.3.3 CDU

*Die CDU hat diese Frage zusammen mit der vorhergehenden beantwortet.*

### 5.3.4 Grüne

Eine „direkte Anbindung des ÖPNV mit einer attraktiven Preisgestaltung“ sowie die Radverkehrsförderung würden zu mehr Nutzung führen.

### 5.3.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat alle drei Fragen in diesem Abschnitt in einer Antwort beantwortet.*

## 6 Saarländisches Hochschulgesetz

6.1 Gibt es Pläne durch Anpassung des saarländischen Hochschulgesetzes, die aktuell kontrovers geführte Stellenplanung für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Personalpolitik an der Universität generationengerecht umzusetzen?

### 6.1.1 FDP

Die FDP wünscht sich „generell langfristige Verträge mit dem Ziel der Entfristung“ und verweist explizit auf den Hashtag #ichbinhanna. Eine langfristige Perspektive sei für Innovation notwendig und deswegen auch eine Reform des WissZeitVG auf Bundesebene.

Das Saarland brauche „ein modernes Hochschulgesetz, mit der größtmöglichen Autonomie für die Hochschulen“. Zudem solle das Lehrdeputat flexibilisiert, die Bauherreneigenschaft übertragen und Unternehmensgründungen gefördert werden.

### 6.1.2 SPD

Alternative Karrierewege jenseits der Professur werden positiv gesehen. Die UdS soll als Arbeitgeberin gestärkt und geschützt werden, dazu werde eine gesetzliche Anpassung geprüft.

### 6.1.3 CDU

Laut CDU stehe die UdS im bundesweiten Vergleich bereits überdurchschnittlich gut da mit einem Anteil von 39 % an befristeten Beschäftigten. Ausdrücklich begrüßt wird der Kodex der UdS zum fürsorglichen Umgang mit Beschäftigten.

Bei verstetigten Mittelzuweisungen solle es verstärkt zu Entfristungen bzw. unbefristeten Ausschreibungen kommen. Zudem solle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Studium gestärkt werden.

### 6.1.4 Grüne

„Stärkere Partizipationsrechte und angemessene Arbeits- und Vertragsbedingungen für Studierende, Promovierende und de[n] akademischen Mittelbau“ fordern die Grünen. Dazu zählten auch entsprechende berufliche Perspektiven, die klar vermittelt werden und erreichbar sein müssten. Gemeinsam mit den Hochschulen sollen „Mindestlaufzeiten für Arbeitsverträge“ festgelegt und der Anteil an unbefristeten Stellen erhöht werden.

### 6.1.5 DIE LINKE.

Ein Tarifvertrag und eine Stärkung der Mitbestimmung für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte solle deren Arbeitsbedingungen verbessern. Zudem sollen Daueraufgaben von Dauerstellen übernommen werden, eine Streichung von Vollzeitstellen sei hingegen „weder zukunftsorientiert noch nachhaltig“.

DIE LINKE. möchte mehr feste Stellen neben der Professur und eine Frauenquote von 50 % auf jeder Karrierestufe.

---

## 6.2 Sind andere Ansätze zur Anpassung des SHSG geplant?

### 6.2.1 FDP

*Die FDP hat die beiden Fragen dieses Abschnitts zusammen beantwortet.*

### 6.2.2 SPD

„Administrative Hürden zur Rekrutierung internationaler Spitzenwissenschaftler:innen“ könnten über gesetzliche Lösungen abgebaut werden.

### 6.2.3 CDU

*Die CDU hat die beiden Fragen dieses Abschnitts zusammen beantwortet.*

### 6.2.4 Grüne

Für studentische Beschäftigte soll ein eigener Betriebsrat eingeführt werden, der dann einen eigenen Tarifvertrag aushandeln könne. Zudem soll eine Promovierendenvertretung an der UdS etabliert werden und die „studentische Mitbestimmung konkreter verankert“ werden.

### 6.2.5 DIE LINKE.

*DIE LINKE. hat die beiden Fragen dieses Abschnitts zusammen beantwortet.*

---

## 7 Bauen

### 7.1 Wie wollen Sie den bestehenden Sanierungsstau an der Universität beheben und dabei einen nachhaltigen und klimafreundlichen Hochschulbau an den Standorten der Universität in den kommenden Jahren gestalten?

#### 7.1.1 FDP

Der UdS soll die Bauherreneigenschaft übertragen werden bei gleichzeitiger Erhöhung der Mittel zu diesem Zweck. Ein eigenes Bauprogramm für die Hochschulen soll aufgesetzt werden.

Hinsichtlich der Nachhaltigkeit von Baumaßnahmen setzt die FDP auf einen Ausbau der Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden und Flächen.

#### 7.1.2 SPD

Mit einer aktualisierten Bestandsaufnahme und Planung soll der Bedarf an Sanierungen und Ersatzneubauten bestimmt werden. Dazu müssten die Mittel erhöht werden, insbesondere die personelle Ausstattung des Landes für Planung und Baubegleitung. Hierbei müsse die aktuelle Kompetenzverteilung zwischen Ministerium, UdS und „sonstiger Landestöchter“ geprüft werden. Ziel sei den Investitions- und Sanierungsstau in den nächsten Jahren aufzulösen. Zudem sollen die UdS eine Null-Emissions-Strategie verfolgen.

#### 7.1.3 CDU

Der Sanierungsplan soll „im Rahmen der haushälterischen Möglichkeiten“ weiter umgesetzt werden. Um die Bauprojekte zu beschleunigen soll die Bauverwaltung personell gestärkt werden.

#### 7.1.4 Grüne

Sanierungen und Neubauten sollten klimaschützend bzw. -schonend erfolgen. Zudem sollen Standorte für Erneuerbare Energien gefunden werden.

#### 7.1.5 DIE LINKE.

Den „Sanierungsstau“ möchte DIE LINKE: über ein eigenes Investitionsprogramm angehen, um so die notwendige Planungssicherheit für die Baumaßnahmen zu schaffen.

## 8 Digitalisierung und Datenschutz

### 8.1 Wie wollen Sie die Universität bei ihrem Digitalisierungsprozess unter anderem unter den Aspekten Infrastruktur, notwendiges Personal und der aktuellen Diskussion der Datenschutzbedenken unterstützen?

#### 8.1.1 FDP

Die FDP sieht die UdS im Bereich der IT in Lehre und Forschung als „absolut führend“ an und möchte diesen Wettbewerbsvorteil ausbauen. Das CISPA soll vor 2026 vollständig ausgebaut werden, um in der IT-Sicherheit Spitzenreiter zu werden und „das Exzellenz-Cluster weiter zu forcieren“.

#### 8.1.2 SPD

Die SPD sieht die Rolle des Landes hier bei der kurzfristigen Schaffung von zeitlich und räumlich begrenzten Experimentierräumen bei rechtlichen Hürden. Für Forschungsdaten sollte das Saarland eine eigene Strategie entwickeln, insbesondere hinsichtlich Big Data.

Open Access soll vom Land unterstützt werden, genauso wie digitale Lehrformate, etwa durch die Schaffung infrastruktureller Voraussetzungen. Digitale Prüfungen hingegen sollten „kritisch und ergebnisoffen gemeinsam“ geprüft werden.

#### 8.1.3 CDU

Auch nach der Rückkehr zur Präsenz sollen gelungene digitale Formate und der Digitalisierungsschub weiter genutzt und gefördert werden. Dabei sei der Auf- und Ausbau von Supportstrukturen, die Systemoffenheit bei Softwares und Plattformen, der Datenschutz für Nutzerinnen und Nutzer wichtige Parameter. Digitale Prüfungsformate sollten weiter entwickelt und insgesamt ein strategischer Ansatz zur didaktisch sinnvollen Umsetzung einer digitalen Lehre gewählt werden.

Das im Landeshochschulentwicklungsplan vorgesehene hochschulübergreifende Campus-Management-System für Studierenden-, Lehrveranstaltungs- und Prüfungsmanagement soll weiter ausgebaut werden.

Ebenso soll ein neues hochschulübergreifendes Rechenzentrum sowie das Hochgeschwindigkeits-Rechnernetz der UdS rasch realisiert werden. Zudem will die CDU sich dafür einsetzen die Bedarfe der Studierenden hinsichtlich technischer Ausstattung zu erheben und in die BAföG-Förderung aufzunehmen.

#### 8.1.4 Grüne

Die Hochschulen sollen bei ihren Digitalisierungsbemühungen unterstützt werden. Allerdings müsse dabei der Datenschutz einen hohen Stellenwert genießen, angesichts der „Verwendung diverser digitaler Werkzeuge an der Universität“ seien hier noch Fragen offen.

In Zukunft solle an der UdS „ein verstärkter Fokus auf selbst gehosteten und gegebenenfalls auch selbst entwickelten und quelloffenen digitalen Lösungen liegen“.

#### 8.1.5 DIE LINKE.

Zum Ausbau der digitalen Infrastruktur brauche es einen „Hochschul-Digitalpakt aus Mitteln von Bund und Ländern“.

Unabhängig von der Coronapandemie soll die digitale Lehre breiter aufgestellt und hybride Formate gestärkt werden, auch wenn Präsenzlehre dadurch nicht ersetzt werden könne. Die genauen Wünsche der Studierenden sollten dazu abgefragt werden.

Um die Qualität der digitalen Lehre zu sichern, soll Dozierenden der Zugang zu Fort- und Weiterbildungen erleichtert werden.

Zur Sicherung des Datenschutzes soll nur von der Hochschule freigebende Lernsoftware und praxistaugliche eingesetzt werden. Zudem brauchten Studierende und Lehrende „klare Leitlinien“.

## 9 Wissenschaftsressort

### 9.1 Planen Sie dies beizubehalten oder möchten Sie das Ressort in ein eigenständiges Ministerium überführen?

#### 9.1.1 FDP

Zur engeren Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft soll das Wissenschaftsressort im Wirtschaftsministerium angesiedelt werden.

#### 9.1.2 SPD

Das Wissenschaftsressort soll „nicht mehr nur als Anhängsel federführend von der Arbeitsebene betreut werden“. Die genaue Ausgestaltung könne aber erst nach der Regierungsbildung festgelegt werden.

#### 9.1.3 CDU

Die besondere Priorität des Bereichs Wissenschaft, Forschung und Technologie soll auch bei der zukünftigen Ressortverteilung gewahrt bleiben.

#### 9.1.4 Grüne

Folgende relevante Aufgabenbereiche sollen „als Ressorts fest und sichtbar in den Ministerien“ verankert werden:

- **Wissenschaft und Hochschulen** benötigen „einen Ansprechpartner im Ministerrang“.
- **Digitales** soll nicht über alle Ministerien verstreut, sondern gebündelt werden.
- **Innovation**

#### 9.1.5 DIE LINKE.

Das Wissenschaftsressort soll nicht in der Staatskanzlei bleiben und auch nicht dem Wirtschaftsministerium zugeordnet werden, sondern gehöre zum „Bildungsressort“.

## 10 Universität und Gesellschaft

### 10.1 Wie wollen Sie Kooperation und Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft im Sinne der Third Mission (Technologietransfer, Gründerkultur, Transfer in die Gesellschaft, Stärkung der Weiterbildung) der Universität stärken?

#### 10.1.1 FDP

Verstärkte Kooperationen mit allen europäischen Staaten, sollen die Internationalisierung vorantreiben. Aufgrund ihrer geografischen Lage könnte sich die UdS „als idealer Ausbildungsort für eine Arbeit im europäischen Raum aufstellen“ und so auch internationale Studierende anziehen.

#### 10.1.2 SPD

Die SPD betrachtet Wissenschaftskommunikation als zentralen Bestandteil moderner Wissenschaft und setzt sich deshalb für Open Science und Citizen Science ein. Publikationen und Formate zum Public Outreach könne das Land fördern und bewerben. Gleichzeitig solle die wissenschaftliche Politikberatung gestärkt werden.

#### 10.1.3 CDU

Für die CDU geht „Third Mission“ über Technologietransfer und Gründerkultur hinaus. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen bei der Verflechtung von Wissenschaft und Gesellschaft weiter unterstützt werden. Die UdS wird als wichtiger Akteur „zur gesamtgesellschaftlichen Weiterentwicklung, als Impulsgeber und (unter Umständen auch kontroverser) Vordenker“ gesehen.

#### 10.1.4 Grüne

Hinsichtlich des Austauschs mit der Gesellschaft wollen die Grünen „offene Wissenschaft stärken und die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Kunst, Politik und Gesellschaft fördern“. Dazu sollen

- die freie Zugänglichkeit von Forschungsdaten, Laborberichten und anderen Forschungsprozessen unterstützt werden,
- Informationen über Drittmittel sollen offengelegt werden,
- Reallabore und „modellhafte Kooperationen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft“ etabliert werden,
- Wissenschaftskommunikation ausgebaut, gefördert und in der Lehre verankert werden,



- „Formate wie die Nacht des Wissens und Science Slams“ gefördert werden.

Im Bereich Interaktion mit der Wirtschaft sollen „existierende Förderprogramme für junge Unternehmen und Gründer\*innen“ ausgebaut werden, mit einem Fokus auf klimafreundlichen Technologien, Verkehr, Landwirtschaft, Telekommunikation, anwendungsnahen Technologien zum Schutz von Grund- und Freiheitsrechten und gemeinwohlorientierten Formen des Gründens.

Konkret sollen existierende Beratungsangebote erweitert, thematisch verbreitert und besser ausgestattet werden. Es soll „mehr Wagniskapital insbesondere für spätere Phasen der Gründungen“ gefunden werden. Prozesse sollen vereinfacht und Hilfestellungen intensiviert werden. Gemeinwohlorientierte Projekte sollen „durch angepasste Förderrichtlinien ermöglicht und unterstützt“ werden.

#### 10.1.5 DIE LINKE.

DIE LINKE. plädiert für „mehr Diversität unter Forschenden“ als auch für eine „diverse Wissenschaftskommunikation“, „um Menschen mit wissenschaftlichen Themen zu erreichen, die sich davon bisher ausgeschlossen fühlen.“

An den Hochschulen sollten keine Rüstungsforschung und Forschung zur Überwachung von Menschen stattfinden. Dazu soll eine Zivilklausel an saarländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen verankert werden. Ein „Kodex für zivile Forschung und Lehre“ könne beispielsweise bei der Auswahl von Drittmittelgebern helfen.

Zudem sei „eine weitgehende Transparenz von Forschungsprojekten, Auftraggebern und Finanzvolumen ... dringend geboten.“

---

## 10.2 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Gleichstellung und Diversität an der Universität in ihren verschiedenen Bereichen (Forschung, Lehre, Verwaltung) fördern?

### 10.2.1 FDP

*Die FDP hat die beiden Fragen in diesem Abschnitt zusammen beantwortet.*

### 10.2.2 SPD

Die SPD möchte Gleichstellung durch „forschungsbegleitende Förderangebote“ und „Teilnahme am Professorinnen-Programm des Bundes“, sowie „begleitende politische Maßnahmen zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf“ fördern. Zudem soll die UdS komplett barrierefrei werden – sowohl baulich als auch „durch innovative Lehrformate und flexiblere Studienangebote“.

### 10.2.3 CDU

Die CDU steht „an der Seite der Hochschule“ um Gleichstellung zu fördern. Dazu soll die Arbeit des Gleichstellungsbüros weiter unterstützt werden. Die CDU will „die Initiative für eine Fortsetzung des auslaufenden Professorinnenprogramms von Bund und Ländern“ ergreifen. Diversität und Vielfalt werden begrüßt in Hinblick auf ihr Potenzial für Studium und Beruf, dessen Entfaltung gefördert werden soll.

### 10.2.4 Grüne

„Wir sind der Meinung, dass die Universität bereits alles unternimmt, um Gleichstellung und Diversität bestmöglich zu leben.“

### 10.2.5 DIE LINKE.

DIE LINKE. hat die beiden Fragen in diesem Abschnitt zusammen beantwortet.

*Autor der Zusammenfassung: Christian Humm (Büro des Universitätspräsidenten)*